

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES INSTITUT

AKTUELLE FRANKREICHANALYSEN

Nr. 1 - Mai 1995

Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen

Joachim Schild

Henrik Uterwedde

Inhalt

1. *Innenpolitische Mehrheiten und Erwartungen*
2. *Wirtschaftspolitik: welcher Spielraum für den Wandel?*
3. *Außen- und Europapolitik*
4. *Folgen für die deutsch-französischen Beziehungen*

1. Innenpolitische Mehrheiten und Erwartungen

Die Wahl von Jacques Chirac zum fünften Präsidenten der V. Republik am 7. Mai 1995 hat einen Machtwechsel vollendet, der bereits 1993 durch den Sieg der konservativen Parteien bei den Parlamentswahlen eingeleitet worden war. Die in Frankreich doppelköpfige, auf einer parlamentarischen und einer präsidentiellen Legitimation durch Wahlen beruhende Regierungsgewalt ist nunmehr einheitlich mit Vertretern der bürgerlichen Parteien zusammengesetzt.

Mit Jacques Chirac kehrt erstmals seit 21 Jahren ein Vertreter der Neogaullisten in das höchste politische Amt Frankreichs zurück. Der frühere Mitarbeiter von Georges Pompidou, langjährige Pariser Bürgermeister und zweifache Premierminister (1974-76 unter Präsident Giscard d'Estaing, 1986-88 unter Präsident Mitterrand) ist auch Begründer der stärksten und mit Abstand am besten organisierten politischen Formation im bürgerlichen Lager, des Rassemblement pour la République (RPR).

Der neue, auf sieben Jahre gewählte Präsident kann sich bis 1998 auf eine solide Vier-Fünftel-Mehrheit in der Nationalversammlung stützen. 449 von 577 Abgeordneten zählen zur Regierungskoalition, davon 242 zum RPR und 207 zur konservativ-liberalen Sammelbewegung UDF (Union pour la démocratie française). Nimmt man die Mehrheitsverhältnisse in den Gebietskörperschaften hinzu, wo 71 von 95 Departements und 20 von 22 Regionen von UDF und RPR kontrolliert werden, wird die Machtfülle des bürgerlichen Lagers in vollem Ausmaß deutlich. Dagegen steht eine geschwächte, destrukturierte Opposition; die Sozialistische Partei ist nach insgesamt zehnjähriger Regierungsverantwortung (1981-86 und 1988-93) erst am Beginn eines programmatischen und organisatorischen Erneuerungsprozesses, der allerdings durch das beachtliche Abschneiden ihres Kandidaten Lionel Jospin beschleunigt werden könnte.

Aber die scheinbare, durch das Mehrheitswahlsystem begünstigte Eindeutigkeit des Ergebnisses

und der Machtverhältnisse verdeckt wichtige Veränderungen, die die innenpolitische Landschaft Frankreichs durchzogen haben und auf die Arbeit der neuen Regierung Einfluß nehmen werden.

Die Wahlen haben die Existenz einer Vertrauenskrise zwischen einem großen Teil der Bürger und den etablierten, regierungsfähigen Parteien erneut bestätigt. Nur gut 62% der Wähler stimmten am 23.4. für die drei Kandidaten, die in den letzten Jahren Regierungsverantwortung getragen haben (Jospin, Chirac und Balladur); knapp 38% wendeten sich anderen Kandidaten zu, davon 14% linken (Robert Hue, Arlette Laguiller) und 20% rechtsextremen Protestkandidaten (Jean-Marie Le Pen). Bemerkenswert ist, daß diese Entfremdung eines Teils der Wählerschaft gegenüber der "etablierten" Politik deutlichen sozialen Mustern folgt. So haben laut Nachwahlanalyse des Ifop-Instituts 53% der Arbeiter und 49% der Arbeitslosen für die vier extremistischen bzw. Protestkandidaten der Linken und der Rechten gestimmt, aber nur 20% der höheren Führungskräfte oder 23% der Freiberufler.¹

Diese Überlagerungen zwischen politischer und sozialer Fragmentierung verweist auf Krisen und Brüche in der Gesellschaft. Die Massenarbeitslosigkeit ist mit 3,2 Millionen Menschen (12%) eine der höchsten in der EU; dazu kommen 1,4 Millionen Personen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen (5,3%). Auf 5 Millionen wird die Zahl derjenigen Personen geschätzt, die am Rande oder unterhalb der Armutsgrenze leben. Die mit diesen Zahlen nur dürr umrissene Gefahr der sozialen Ausgrenzung eines wachsenden Teils der Bevölkerung ist erstmals ein tragendes Wahlkampfthema aller Kandidaten gewesen. Diese quasi offizielle Thematisierung einer in anderen europäischen Staaten eher an den Rand gedrängten Problematik ist ein bedeutender politischer Vorgang, weil er Prioritäten der politischen Agenda verändert und öffentliche Erwartungshaltungen geschaffen hat.

Am nachhaltigsten hat Jacques Chirac die Gefahr

¹ Vgl. Nachwahluntersuchung des Ifop-Instituts, nach: *Libération* v. 25.4.1995, S.8. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Nachwahluntersuchung des BVA-Instituts: *Le Monde* v. 25.4.1995, S.10.

eines "sozialen Bruches" (fracture sociale) beschworen, "die - ich wäge meine Worte - die nationale Einheit bedroht. ... Das Volk hat Vertrauen verloren ... Mehr als die Hälfte der französischen Bevölkerung findet weder Gehör noch Verteidigung."² Er hat in seinem Wahlkampf einen "tiefgreifenden Wandel" und eine "neue Logik" in der Wirtschafts- und Sozialpolitik herbeizuführen versprochen. Damit hat er offensichtlich die Stimmungslage der Wähler getroffen. Nachwahlumfragen ergeben, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit Abstand an erster Stelle der Erwartungen der Franzosen steht.³ Eine Mehrheit schenkt dem neuen Präsidenten auch Vertrauen, die Beschäftigungslage zu verbessern. Hauptmotiv der Wähler Chiracs im zweiten Wahlgang war im übrigen der Wunsch nach Veränderungen und Reformen.⁴ Damit ist aber auch - nicht zuletzt von Jacques Chirac selbst - ein erheblicher Erwartungsdruck erzeugt worden, der in den kommenden Wochen und Monaten auf die Einlösung der Versprechen drängen wird.

2. Wirtschaftspolitik: welcher Spielraum für den Wandel?

Jacques Chirac hat eine grundlegende Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik angekündigt, die sich nicht nur gegenüber der sozialistischen Ära seines Amtsvorgängers François Mitterrand, sondern auch von der konservativen Regierungspraxis seines Parteifreundes und bisherigen Premierministers Edouard Balladur deutlich abheben soll. Angesichts des Scheiterns der bisherigen, von linken wie rechten Regierungen verfolgten Politik spricht er sich für "einen neuen Ansatz und neue Methoden" aus; er verheißt "eine neue Logik, um die Tendenzen umzukehren und Frankreich wieder auf die Schienen zu bringen."⁵ Allerdings werfen die in Bezug auf ihre Finanzierung nicht immer präzisen, in ihrer

Logik teilweise widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Aussagen Chiracs Fragen nach den Realisierungschancen einer wirtschaftspolitischen Wende auf.

Die Lage der französischen Wirtschaft ist ambivalent. Auf der einen Seite kann der seit 1983 verfolgte Kurs der Stabilitätspolitik und der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung, der sich am Ziel des "starken Franc" orientierte und ihre binnenwirtschaftlichen Ziele den außenwirtschaftlichen Zwängen und währungspolitischen Erfordernissen unterordnete, unzweifelhafte Erfolge aufweisen: die Wiederherstellung der aus den Fugen geratenen innen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichte und damit die Durchbrechung der tradierten Inflations-Abwertungs-Spirale, ein wiedergewonnenes Vertrauen in die Stabilität der französischen Währung, die nachhaltige Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen, den Einstieg in eine marktwirtschaftliche Neuorientierung der französischen Wirtschaftsordnung und nicht zuletzt die wiedergewonnene internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Auf der anderen Seite tragen diese Veränderungen den Charakter einer "ambivalenten Modernisierung",⁶ die in vielen Fällen unabgeschlossen und kontrovers ist, ökonomisch eine Reihe von Schwächen aufweist und im übrigen mit hohen sozialen Kosten verbunden war. Die Erneuerung der Wirtschaft wurde um den Preis wachsender sozialer Verwerfungen erreicht, denen die Politik trotz mancher innovativer Ansätze weitgehend hilflos gegenüberstand: Massenarbeitslosigkeit, wachsende soziale Ungleichheiten und Verarmung bestimmten zunehmend das Klima der Gesellschaft.

Ferner brachte die Politik des "starken Franc" empfindliche Abhängigkeiten der französischen Geldpolitik mit sich. Die wiederholten Währungskrisen und Spekulationswellen gegen den Franc zwangen die Banque de France zu Zinserhöhungen mit entsprechenden rezessiven Folgen.⁷

² Jacques Chirac: La France pour tous, Paris: Editions Nil 1995 (zit. nach Le Monde v. 10.1.1995, S.10).

³ Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nannten 92%, gefolgt von der sozialen Sicherung: 55%, der Einwanderungspolitik: 38%, dem Kampf gegen die soziale Ausgrenzung: 37%, sowie weiteren fünf Themen. Nachwahluntersuchung der Sofres, nach Le Monde v. 11.5.1995, S.9.

⁴ Für 65%, gegenüber 30%, die einen Sieg der Linken verhindern wollten.

⁵ Jacques Chirac: Une France pour tous, a.a.O.

⁶ So der Le Monde-Wirtschaftsexperte Eric Le Boucher, in Le Monde v. 1.4.1995, S.8.

⁷ Gegenwärtig (Mitte Mai) liegen die preisbereinigten Zinssätze für Dreimonatsgeld in Frankreich bei 5,5%, in Deutschland bei 2,2%. Vgl. Le Monde v. 21./22.5.1995, S.1.

Als schwere Einengung des haushaltspolitischen Spielraums in den kommenden Jahren erweist sich schließlich die hohe öffentliche Verschuldung. Die jährliche Neuverschuldung lag 1994 bei 440 Mrd. Francs (Staat, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung), das sind 6% des Bruttoinlandsproduktes, doppelt soviel wie das im Vertrag von Maastricht festgelegte Kriterium für den Eintritt in die Europäische Währungsunion zuläßt. Der öffentliche Schuldenstand stieg allein zwischen 1992 und 1994 von 2 100 auf 3 000 Mrd. Francs und dürfte Ende 1995 3 300 Mrd. Francs erreicht haben. Dies entspricht etwa 52% des Bruttoinlandsproduktes, womit Frankreich zu den vier EU-Staaten zählt, die das Maastricht-Kriterium von höchstens 60% erfüllen.

Die von Jacques Chirac angekündigte Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist demgegenüber als Versuch zu werten, eine neue Balance zwischen ökonomischen Zwängen und politischem Gestaltungswillen sowie zwischen europäischen Einbindungen und binnenwirtschaftlichen Zielsetzungen zu finden. Sie stellt die Überwindung der inneren Probleme des Landes in den Vordergrund und gibt damit diesen Zielen gegenüber den außenwirtschaftlichen und währungspolitischen Anpassungszwängen ein stärkeres Gewicht.

Die Wachstums- und Beschäftigungsinitiative setzt auf die Stärkung des Konjunkturaufschwunges, der Frankreich in diesem Jahr ein Wachstum von 3,3% verheißt, durch eine dosierte Förderung der Binnennachfrage und durch die Stärkung der Investitionskraft vor allem mittelständischer Unternehmen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit baut vor allem auf eine kräftige Senkung der indirekten Arbeitskosten: so sollen Unternehmen bei Einstellung eines Langzeitarbeitslosen von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung befreit werden, die dafür vom Staat übernommen werden. Auch zeitlich befristete Einstellungsprämien sind vorgesehen. Bei Niedriglöhnen sollen die Sozialbeiträge gesenkt werden. Steuersenkungen sollen vor allem mittelständischen Unternehmern zugute kommen. Im Bereich der Sozialpolitik ist unter anderem mit Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaus, der problembelasteten Stadtviertel sowie der Armutsbekämpfung zu rechnen.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen ist bislang unklar. Fest steht, daß eine (heute als "vorläufig" bezeichnete) Mehrwertsteuererhöhung von 18,6% auf 20% ins Haus steht, eventuell auch eine Anhebung der einkommenssteuerähnlichen Sozialversicherungsabgabe (Contribution sociale généralisée). Dies wird allerdings ebensowenig reichen wie die Hoffnung auf wachstumsbedingte Mehreinnahmen. Denn auch wenn die Regierung aufgrund der wachstums- und beschäftigungsfördernden Wirkungen ihrer Politik mit Mehreinnahmen und Minderausgaben rechnen kann, so können sich diese erst mittelfristig einstellen. Damit deutet sich zumindest kurzfristig ein möglicherweise folgenreicher Zielkonflikt an. Denn zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien ist eine Reduzierung der öffentlichen Defizite in erheblicher Größenordnung notwendig und von der Regierung auch angekündigt. Frankreich müßte in den kommenden drei Jahren dauerhafte Haushaltseinsparungen (oder Mehreinnahmen) in Höhe von 220 Mrd. Francs finden.

Zwar soll die Fortführung der Privatisierungspolitik jährlich gut 50 Mrd. Francs in die öffentlichen Kassen bringen und zur Entschuldung verwendet werden. Auch ist eine grundlegende Überprüfung aller Staatsausgaben angekündigt worden, die aber mögliche Einsparungen erst mit erheblicher Zeitverzögerung erbringen wird. Völlig unbestimmt sind gegenwärtig die Vorstellungen zur Schließung der enormen Finanzierungslücken in der Sozialversicherung.

Dies wirft nicht nur Fragen nach der Vereinbarkeit zwischen wachstums- und beschäftigungspolitischen Zielen und haushaltspolitischen Sparzwängen auf, sondern auch nach der Kompatibilität der neuen Politik mit den währungspolitischen Zielen und europäischen Einbindungen. In dieser Hinsicht hat Jacques Chirac in den vergangenen Wochen und Monaten widersprüchliche Signale gegeben, die auf tiefgreifende Gegensätze im Regierungslager bezüglich der wirtschafts- und währungspolitischen Grundoptionen verweisen.

Der neue Premierminister Alain Juppé (mit ihm der Koalitionspartner UDF und ein Teil des RPR) steht für eine Politik der Kontinuität, die sich am Ziel der

EU-Währungsunion orientiert und die damit verbundenen Restriktionen für die Binnenwirtschaftspolitik akzeptiert: allen voran den Abbau der staatlichen Defizite, um die Kriterien des Maastrichter Vertrages zu erfüllen.

Demgegenüber verkörpern neogaullistische Politiker wie der bisherige Innenminister Charles Pasqua und Parlamentspräsident Philippe Séguin (unterstützt von einem Großteil des RPR) die Forderung nach einer alternativen, stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik, was letztlich auf eine Änderung der bislang verfolgten Währungspolitik, eventuell auch auf eine Franc-Abwertung hinauslaufen würde.⁸

Ähnliche Fronten ergeben sich im übrigen in der Außenhandelspolitik (zuletzt sichtbar in den heftigen Auseinandersetzungen um den Abschluß des GATT-Freihandelsvertrages 1994) und in der Ordnungspolitik, wo Vertreter einer durchgreifenden Liberalisierung (z.B. UDF-Minister Alain Madelin) den Anhängern eines weiterhin starken, intervenierenden Staates (Pasqua, Séguin) gegenüberstehen. Hinter diesen wirtschaftspolitischen Spaltungen steht ein tiefgreifender Gegensatz innerhalb des bürgerlichen Lagers in Bezug auf den europäischen Integrationsprozeß, den Vertrag von Maastricht und die dort vereinbarte Europäische Währungsunion.

Der Präsident hat sich, nicht zuletzt aus europapolitischen Gründen, sehr klar für ein Festhalten am bisherigen währungspolitischen Kurs entschieden und allen Spekulationen bezüglich einer veränderten Währungspolitik eine deutliche Absage erteilt.⁹ Auch die Zusammensetzung seiner Regierung, vor allem was Premierminister Alain Juppé und die Vertreter der Schlüsselministerien betrifft, gibt ein klares Signal zugunsten einer proeuropäisch ausgerichteten Politik Frankreichs. Der neue Wirtschafts- und Finanzminister Alain

Madelin (UDF) vertritt dezidiert liberale wirtschaftspolitische Vorstellungen.¹⁰

Indessen ist ein stillschweigender Prioritätenwechsel eingetreten. Die frühere Unbedingtheit, mit der fast alle Regierungen seit 1983 an der DM-Franc-Parität festgehalten und ihre Binnenwirtschaftspolitik daran ausgerichtet haben, hat einer neuen Beweglichkeit Platz gemacht: statt vom "starken Franc" wird nunmehr vom "stabilen Franc" gesprochen. Die Aussage Alain Juppés kurz vor der Wahl, der gegenwärtige Franc-Kurs entspreche den ökonomischen Realitäten, bezog sich auf einen Tageskurs, der um 5-7% niedriger als der ursprüngliche EWS-Leitkurs liegt.

Offen bleibt vorerst, ob mit der angekündigten Kontinuität der Währungspolitik (einschließlich einer stillschweigenden Auflockerung im Rahmen des EWS) ein stärkerer Zielkonflikt zwischen Binnenwirtschafts- und Beschäftigungspolitik einerseits, den finanzpolitischen Zwängen und europäischen Verpflichtungen (Währungsunion und Maastricht-Kriterien) andererseits vermieden werden kann. Politische Unsicherheiten über die künftige Wirtschaftspolitik haben bereits in den vergangenen Monaten wiederholt zu Spekulationswellen gegen den Franc geführt. Die internationalen Finanzmärkte dürften in den kommenden Wochen versuchen zu testen, welchen Kurs der neue Präsident einschlagen wird - und wie weit er für die Verteidigung des Franc-Kurses zu gehen bereit ist. Spätestens dann wird die Séguin-Option einer "anderen Politik", die weiterhin in der politischen Debatte präsent bleibt, wieder Aktualität gewinnen. Ob sie sich durchsetzen kann, wird unter anderem auch von der Kooperationsbereitschaft der EWS-Partner, allen voran Deutschland, abhängen. Insofern liegt der Schlüssel für die künftige Währungspolitik Frankreichs nicht zuletzt auch in Bonn und in Frankfurt.

⁸ Vgl. dazu Erik Israelewicz: La tentation de l'"autre politique", *Le Monde* v. 15.4.1995, S.1/17.

⁹ So beim Treffen mit Bundeskanzler Kohl in Straßburg am 18.5.95: "Unser Wille ist es, daß die Verpflichtungen im Rahmen des Vertrages von Maastricht eingehalten werden. Sie werden eingehalten. Eine Wirtschafts- und Währungspolitik, die nicht ihre Verpflichtungen einhalten würde, kommt für Frankreich nicht in Frage." (zitiert nach *Le Monde* v. 20.5.1995, S.2)

¹⁰ Seine während der Währungskrise im Sommer 1993 vertretene Forderung, den Franc vom DM-Kurs abzukoppeln, hat Madelin inzwischen revidiert.

3. Außen- und Europapolitik

Die politische Wende, die Chirac den Franzosen versprochen hat, dürfte am wenigsten im Bereich der Außenpolitik ihren Niederschlag finden. Hier sind als Folge des Wechsels im Elyséepalast kurz- und mittelfristig wenig Änderungen und gewiß keine Brüche zu erwarten. Für eine solche Kontinuität steht der neue Premierminister und bisherige Außenminister Alain Juppé. Er hat im Wahlkampf die außenpolitischen Positionen des neuen Präsidenten deutlich sichtbar beeinflusst. Für eine solche Kontinuität spricht aber auch der begrenzte Handlungsspielraum einer Mittelmacht wie Frankreich, die ihren Einfluß auf der europäischen und internationalen Bühne nur in enger Abstimmung mit ihren Partnern geltend machen kann.

So wird etwa die französische Haltung hinsichtlich der aktuellen Konfliktherde in Bosnien, Tschetschenien und Algerien ebensowenig grundsätzlich revidiert werden wie die Politik gegenüber den Vereinigten Staaten und Rußland. Allenfalls könnte im Bosnienkonflikt, wo die Lage der UNO-Blauhelme immer unhaltbarer wird, die Drohung mit einem Abzug des französischen Kontingents eingesetzt werden, um die anderen Mitglieder der Bosnien-Kontaktgruppe zu einer entschlosseneren Durchsetzung ihres Friedensplans und damit zu einer härteren Haltung gegenüber den bosnischen Serben zu bewegen. In der Sicherheitspolitik ist eine Fortsetzung der vorsichtigen NATO-Annäherung bei gleichzeitigem Ausbau der europäischen Militärkooperation zu erwarten. Eine Rückkehr zu einem rigiden außenpolitischen Gaullismus mit antiamerikanischem Akzent ist wenig wahrscheinlich. Doch welche Auswirkungen der Wahl Chiracs sind für die französische Europapolitik und die deutsch-französischen Beziehungen zu erwarten?

In seiner außenpolitischen Grundsatzrede vom 16. März räumte Jacques Chirac der Europapolitik den zentralen Stellenwert für seine außenpolitische Konzeption ein¹¹. Allerdings war dieses Thema im Präsidentschaftswahlkampf kaum präsent. Die in der Maastrichtdebatte von 1992 sichtbar gewor-

denen europapolitischen Bruchlinien in der Wählerschaft, zwischen und innerhalb von Parteien - vor allem innerhalb der Partei des Präsidenten, der neo-gaullistischen RPR -, sind aber keineswegs als Faktor der Innenpolitik verschwunden. Ihre Fortexistenz und die Zunahme der Europaskepsis in der französischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren wird dem neuen Staatspräsidenten einen schwierigen Balanceakt abverlangen.

Im Wahlkampf hat er eine neuerliche Volksabstimmung über die Ergebnisse der im kommenden Jahr stattfindenden EU-Regierungskonferenz zur Reform der Maastrichter Verträge in Aussicht gestellt. Dies wird nicht ohne Einfluß auf die französische Verhandlungsführung bleiben. Debatten um die Europapolitik werden somit zukünftig einen festen Platz in der innenpolitischen Auseinandersetzung in Frankreich haben. Wie wird sich der neue Präsident bei starken innenpolitischen Widerständen gegen integrationspolitische Fortschritte verhalten?

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Mitterrand ist Chirac nicht durch Kriegserlebnisse geprägt und von diesen zum überzeugten Europäer gemacht worden. Er hat vielmehr wiederholt seine Haltung gegenüber dem europäischen Einigungsprozeß geändert: von einem EG-feindlichen Europawahlkampf 1979 (in dem er die proeuropäische Liste Giscard d'Estaings als "Partei des Auslands" bezeichnete) über eine stärker proeuropäische Haltung der 80er Jahre (Umsetzung des Binnenmarktprogramms als Premierminister) zu einer erneut verstärkten Betonung nationaler Souveränität sowie des Subsidiaritätsprinzips seit der Maastrichtdebatte.

Selbstverständlich sieht sich auch der neue Präsident Chirac den strukturellen Zwängen eines innerhalb der EU (und darüber hinaus im OECD-Raum) hochgradig verflochtenen Wirtschaftsraums gegenüber. Nationale Alleingänge sind nur bei Strafe hoher Wohlstandseinbußen möglich. Und die Überzeugung, daß eine aktive französische Außenpolitik und eine echte Gestaltungsfähigkeit Frankreichs auf der internationalen Bühne heute nur noch im europäischen Verbund möglich ist, wurde von ihm wiederholt geäußert. Man kann also davon ausgehen,

¹¹ Grundsatzrede Jacques Chiracs zur Außen- und Europapolitik vom 16. März 1995 (auszugsweise wiedergegeben in *Le Monde* vom 17.3.1995).

daß eine proeuropäische Linie das Kernstück der französischen Außenpolitik bleiben wird. Doch welches Europa soll es sein?

Der neue Präsident wird schon rasch europapolitisch Farbe bekennen müssen, zunächst beim Ende Juni anstehenden EU-Gipfel in Cannes, vor allem jedoch im kommenden Jahr anlässlich der EU-Reformkonferenz ("Maastricht-2"). Und schließlich wird die EU-Osterweiterung in seine Amtsperiode fallen und klare Positionsbestimmungen vom Präsidenten für die zukünftige Gestalt der Union verlangen.

Handlungsleitend wird dabei seine Konzeption eines Europas der Staaten sein. Statt einer Föderalisierung, die in Frankreich heute selbst das "Mouvement européen" (Europäische Bewegung) nur noch zaghaft vertritt, wird die französische Europapolitik auf eine Verstärkung der intergouvernementalen Komponente des Einigungsprozesses hinarbeiten. Die zentrale Rolle soll laut Chirac dem Europäischen Rat und dem Ministerrat zufallen. Er plädiert dafür, daß der Europäische Rat einen Präsidenten auf drei Jahre bestimmen solle, der die EU nach außen sichtbar vertritt, und daß die Dauer der Ratspräsidentschaft (heute 6 Monate) ausgedehnt werden solle. Eine Stärkung des Europaparlaments findet sich nicht in seinem Programm. Vielmehr herrscht in Frankreich ein weitgehender Konsens darüber, daß die Kontrolle der europäischen Gesetzgebung durch die nationalen Parlamente zu verbessern sei.

Die zukünftige Ordnung Europas soll den Vorstellungen Chiracs zufolge auf drei Ebenen gestaltet werden:

- Im Rahmen der EU mit 20 bis 30 Mitgliedern, die eine Zollunion bilden, eine Reihe von Gemeinschaftspolitiken verfolgen (vor allem eine gemeinsame Außenhandelspolitik) und eine "wirklich gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" betreiben.
- Innerhalb dieses gemeinsamen EU-Rahmens plädierte Chirac für privilegierte Beziehungen und "verstärkte Solidaritäten" zwischen einzelnen Staaten, wobei der deutsch-französischen Sonderbeziehung der zentrale Stellenwert zukommt.

- Jenseits der EU müsse eine dritte Ebene der Kooperation geschaffen werden, die in erster Linie Rußland und die GUS-Staaten miteinschließt.¹²

Den Kerneuropavorstellungen, wie sie im sog. "Schäuble-Lamers-Papier" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion¹³ zum Ausdruck kommen, setzt Chirac seine Vorstellung einer "variablen Geometrie" des europäischen Einigungswerkes entgegen. "Die Staaten, die dies wünschen, müssen die Möglichkeit haben, gemeinsam schneller und weiter voranzuschreiten" als die Gesamtheit der Mitglieder, allerdings "ohne neue Institutionen zu schaffen, um dies zu erreichen".¹⁴ Und eine Föderalisierung der europäischen Institutionen lehnte Chirac in einem Fernsehinterview als der französischen historisch-kulturellen Tradition widersprechend ab.

Ein zentrales Anliegen des neuen Präsidenten wird die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) und der schrittweise Ausbau der Westeuropäischen Union zum bewaffneten Arm der Union sein. Allerdings ist bislang nicht zu erkennen, daß Frankreich sich 1996 für Mehrheitsentscheidungen in der GASP einsetzen wird. Hier droht sich eine zunehmende Schere zu öffnen zwischen dem Anspruch Frankreichs, im europäischen (GASP-)Verbund eine herausragende Rolle im internationalen System zu spielen, und der mangelnden Bereitschaft, den dazu unerläßlichen Souveränitätsübertragungen auf die europäische Ebene zuzustimmen. Hier stellt sich die Frage, ob die bislang bekundete Bereitschaft der Bundesrepublik, sich in außenpolitischen Fragen in der EU überstimmen zu lassen, auch zu Beginn des nächsten Jahrtausends noch gegeben sein wird. Läuft Paris damit nicht Gefahr, eine vielleicht nicht so bald wiederkehrende historische Chance zu verspielen?

Dieses Grunddilemma französischer Europapolitik, zwischen Souveränitätsverzicht und Einflußverlust wählen zu müssen, wird sich in dem Maße verschärfen, in dem die Zahl der EU-Mitglieder

¹² Ebda., S. 9f.

¹³ Vgl. CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Überlegungen zur europäischen Politik, Bonn, 1. September 1994, vielfältigtes Ms.

¹⁴ Grundsatzrede Jacques Chiracs zur Außen- und Europapolitik, a.a.O., S. 9.

wächst. Die Osterweiterung der EU findet die vorbehaltlose Unterstützung des neuen Präsidenten. Doch bislang blieb er die Antwort auf die Frage schuldig, wie die Osterweiterung mit dem Fortbestand einzelner Gemeinschaftspolitiken vereinbart werden kann, etwa mit der Regional- und Strukturpolitik der EU, insbesondere aber mit der für Frankreich so enorm wichtigen gemeinsamen Agrarpolitik. Diese wird auf alle Fälle unnachgiebig verteidigt werden.

4. Folgen für die deutsch-französischen Beziehungen

"Ohne eine deutsch-französische Verständigung kann nichts Solides gebaut werden", so Jacques Chirac in einer programmatischen Wahlkampfschrift.¹⁵ Die deutsch-französischen Beziehungen werden also ihre herausragende Stellung in der französischen Außenpolitik nicht verlieren, was Chirac durch das Treffen mit Helmut Kohl in Straßburg nur einen Tag nach seiner Amtseinführung, symbolisch unterstrichen hat. Allerdings kann die in den letzten Jahren zu verzeichnende - und von Jacques Chirac unterstützte - französisch-britische Annäherung den Sonderstatus der deutsch-französischen Beziehungen etwas relativieren, wenn auch nicht ersetzen.¹⁶

Eine aktive Europapolitik wird auch in Zukunft nicht ohne deutsch-französische Impulse auskommen. Eine Infragestellung des bislang in den bilateralen Beziehungen Erreichten ist wenig wahrscheinlich.¹⁷ Allerdings ist die Bewahrung des Bestehenden im bilateralen Verhältnis und auf europäischer Ebene angesichts der Umbrüche und Herausforderungen, denen sich die EU in den nächsten Jahren gegenübersteht (Maastricht-2-Verhandlungen, Osterweiterung, Währungsunion, Krisen und Kriege in ihrem Umfeld) bei weitem nicht

ausreichend. Vielmehr ist die EU - oder vielmehr eine Kerngruppe von Mitgliedsstaaten, da substantielle Fortschritte auf der Ebene der 15 EU-Mitglieder wenig realistisch sind - dringend auf eine Vertiefung der Integration, auf eine Verbesserung der Entscheidungsstrukturen sowie auf eine Stärkung der demokratischen Legitimitätsbasis angewiesen. Und wer, wenn nicht Deutschland und Frankreich, käme denn in der aktuellen Situation als Kandidat für eine europapolitische Führungsrolle in Frage, auch wenn der deutsch-französische "Motor" in der EU mehr als früher auf die tatkräftige Unterstützung weiterer Länder angewiesen ist?

Um dem europäischen Gestaltungsbedarf gemeinsam gerecht werden zu können, hat Chirac die vom bisherigen Premierminister Edouard Balladur lancierte Idee eines neuen Elysée-Vertrages unterstützt.¹⁸ Im französischen Außenministerium wird an der Konkretisierung dieser Idee schon seit einiger Zeit gearbeitet, so daß in Kürze mit einer entsprechenden französischen Initiative zu rechnen ist. Ein solcher Vertrag zwischen den beiden Ländern wird im französischen Außenministerium als Mittel betrachtet, im Vorfeld der EU-Regierungskonferenz 1996 deutsch-französische Positionen zu erarbeiten (was auch von Chirac als Desiderat formuliert wurde), um damit den Verhandlungen zur Revision des Maastrichter Vertragswerks Impulse zu geben. Hier drängt sich jedoch die Frage auf, welche Substanz ein solcher Elysée-2-Vertrag denn haben könnte und vor allem, ob eine solche demonstrative Stärkung der bilateralen Achse im Vorfeld der EU-Regierungskonferenz des kommenden Jahres nicht Widerstände und Blockaden innerhalb der EU, vor allem seitens der integrationswilligen kleineren Länder, etwa der Benelux-Staaten, provozieren würde. Ein deutsch-französisches Vorpreschen könnte sich am Ende als europapolitisch kontraproduktiv erweisen und somit sogar negativ auf das bilaterale Verhältnis zurückwirken.

Die Unterschiede der europapolitischen Grundphilosophien und Konzeptionen wie auch der konkreten Positionen in Deutschland und Frankreich, sei es in Handelsfragen (z. B. GATT-Verhandlungen), im Bereich der Industrie- und Technologiepolitik,

¹⁵ Jacques Chirac: *Une nouvelle France. Réflexions 1*, Paris Nil Editions, 1994, S. 101; vgl. auch seinen Grundsatzartikel zu den deutsch-französischen Beziehungen unter dem programmatischen Titel "Une volonté pour l'Europe" in *Le Monde* v. 16.12.1994.

¹⁶ Vgl. Bruno Tétrais: "Le printemps des relations franco-britanniques", in: *Relations internationales et stratégiques*, Nr. 17, Frühjahr 1995, S. 7-14.

¹⁷ Vgl. die eher optimistische Einschätzung von Axel Sauder: "Alles neu macht der Mai? Die Zukunft der deutsch-französischen Sonderbeziehung", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 4/1995, S. 438-449.

¹⁸ Vgl. Jacques Chirac: "Une volonté pour l'Europe", in: *Le Monde* v. 16.12.1994.

im kulturellen Bereich (z. B. EU-Fernsehrichtlinie) oder hinsichtlich der institutionellen Gestalt der EU, sind nicht zu übersehen. Dies wird sich unter dem neuen Staatspräsidenten kaum ändern. Ebenso wenig ändern sich aber auch die Anreize und Zwänge zum gemeinsamen europäischen Handeln, die auch in der Vergangenheit - trotz Regierungs- und Präsidentenwechsel in beiden Ländern - immer wieder dazu geführt haben, daß Frankreich und Deutschland eine europapolitische Führungsrolle haben übernehmen können. Zwei Unterschiede im Vergleich zur Vergangenheit lassen sich jedoch erkennen, die eine konstruktive europapolitische Führungsrolle beider Länder nicht als selbstverständlich erscheinen lassen: Zum einen haben die innenpolitischen Zwänge, unter denen Europapolitik betrieben werden muß, nicht nur in Frankreich deutlich und dauerhaft zugenommen - auch der Bundesrepublik steht in den kommenden Jahren eine breite und polarisierende Europadebatte ins Haus. Zum anderen wird die EU-Erweiterung auf über 20 Mitglieder ihre Reform an Haupt und Gliedern unabdingbar machen - Premierminister Juppé sprach deshalb im Hinblick auf die EU-Regierungskonferenz 1996 von der Notwendigkeit eines "neuen Gründungsakts".¹⁹ Werden die deutsch-französischen Gemeinsamkeiten und die innenpolitische Unterstützung für ihre Europapolitik ausreichen, um gemeinsam diese Herausforderungen zu bewältigen?

Das Bekenntnis Chiracs zur deutsch-französischen Sonderbeziehung bedeutet keineswegs, und dessen sollte man sich auf deutscher Seite bewußt sein, daß sich die Partnerschaft mit Frankreich in Zukunft einfach gestalten wird. Im Europa nach dem Ende des Kalten Krieges und angesichts des allmählichen Abtretens der noch vom Krieg und der Frühphase deutsch-französischer Aussöhnung geprägten politischen Führungsschichten beider Länder werden die deutsch-französischen Beziehungen stärker als in der Vergangenheit von nüchtern-rationalen Interessenkalkülen und weniger von emotionsgeladener Symbolik geprägt sein. Dies muß ihrer Qualität und

Substanz nicht notwendigerweise abträglich sein.²⁰ Allerdings setzt dies voraus, daß die politischen Führungen beider Länder der Pflege der deutsch-französischen Beziehungen weiterhin einen zentralen Stellenwert in ihrer Außenpolitik zumessen, damit allfällige Interessenkonflikte zwischen den Nachbarländern keine Eigendynamik entwickeln und zu irreparablen Schäden führen.

Egal ob es sich um Währungsunion und Europapolitik, generell um die Außenpolitik oder speziell um die deutsch-französischen Beziehungen handelt: die Zukunft der französischen Politik wird nicht unwesentlich davon abhängen, ob es der deutschen Regierung auch künftig gelingt, ihre Beziehungen zu Paris auf eine konstruktive Grundlage zu stellen. Die nach dem Wechsel in Frankreich auftauchenden Fragen richten sich somit nicht nur an Paris, sondern auch an Bonn.

¹⁹ Alain Juppé: "Quel horizon pour la politique étrangère de la France?", Rede gehalten anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Planungstabes des französischen Außenministeriums, abgedruckt in: *Politique étrangère*, 60. Jg. Nr. 1/1995, S. 245-259, hier: S. 246.

²⁰ Vgl. Axel Sauder: "Alles neu macht der Mai? Die Zukunft der deutsch-französischen Sonderbeziehung", a.a.O., S. 447.

Präsidentschaftswahl vom 23.4. und 7.5.1995

	1. Wahlgang (23.4.)		2. Wahlgang (7.5.)	
	absolut	in %	absolut	in %
Wahlberechtigte	39 992 912	100	39 976 944	100
Abgegebene Stimmen	31 345 794	78,38	31 845 819	79,67
Gültige Stimmen	30 462 633	75,56	29 943 671	73,70
Jacques Chirac	6 348 375	20,84	15 763 027	52,64
Lionel Jospin	7 097 786	23,30	14 180 644	47,36
Edouard Balladur	5 658 796	18,58		
Jean-Marie Le Pen	4 570 838	15,00		
Robert Hue	2 632 460	8,64		
Arlette Laguiller	1 615 552	5,30		
Philippe de Villiers	1 443 186	4,74		
Dominique Voynet	1 010 681	3,32		
Jacques Cheminade	86 959	0,28		

Quelle: *Le Monde* v.28.4.1995, S.10; *Le Monde* v.16.5.1995, S.11 (Zahlen des Conseil constitutionnel)

Zusammensetzung der Regierung Juppé

Premierminister

Minister		
	Alain Juppé	(RPR)
Äußeres	Hervé de Charette	(UDF)
Inneres	Jean-Louis Debré	(RPR)
Justiz	Jacques Toubon	(RPR)
Verteidigung	Charles Millon	(UDF - PR)
Finanzen	Alain Madelin	(UDF - PR)
Kultur	Philippe Douste-Blazy	(UDF - CDS)
Gesundheit	Elisabeth Hubert	(RPR)
Arbeit	Jacques Barrot	(UDF - CDS)
Bildung	François Bayrou	(UDF - CDS)
Landwirtschaft	Philippe Vasseur	(UDF - PR)
Industrie	Yves Galland	(UDF-Rad.)
Wohnungsbau	Pierre-André Perissol	(RPR)
Jugend und Sport	Guy Drut	(RPR)
Tourismus	Françoise de Panafieu	(RPR)
Umwelt	Corinne Lepage	
Raumplanung und Verkehr	Bernard Pons	(RPR)
Parlamentsbeziehungen	Roger Romani	(RPR)
Wirtschaftliche Entwicklung	Jean Arthuis	(UDF - CDS)
Staatsreform und Dezentralisierung	Claude Goasguen	(UDF - CDS)
Öffentlicher Dienst	Jean Puech	(UDF - PR)
Integration	Eric Raoult	(RPR)
Solidarität zwischen Generationen	Colette Codaccioni	(RPR)
Mittelstand und Kleinbetriebe	Jean-Pierre Raffarin	(UDF - PR)
Technologie, Information und Post	François Fillon	(RPR)
Überseegebiete	Jean-Jacques de Peretti	(RPR)
Veteranen	Pierre Pasquini	(RPR)

Beigeordnete Minister

Kooperation	Jacques Godfrain	(RPR)
Europäische Angelegenheiten	Michel Barnier	(RPR)